

Rechtschreibreform – kein Ende der Turbulenzen

Eineinhalb Jahre nach der Gemeinsamen Erklärung von Wien, die nicht nur von den deutschsprachigen Staaten, sondern auch von einer Reihe weiterer Länder unterzeichnet wurde, halten die Turbulenzen um die neue Regelung der deutschen Rechtschreibung weiter an. Ausgehend von einem späten Protest deutscher Schriftsteller, der weiterhin dem Motto folgte: „Wir kennen die neuen Regeln zwar nicht, haben uns auch an die alten nicht immer gehalten, sind aber entschieden gegen jede Veränderung!“, und geschürt von mancherlei Eiferern eskalierte die Erregung in einem Ausmaß, das rational kaum zu begreifen ist. Natürlich ist bei Veränderungen, die ein so komplexes System wie die Schreibung betreffen – auch dann, wenn die vorgenommenen „Korrekturen“ unbezweifelbar und nachweislich nicht nur notwendig, sondern zweckmäßig, Erleichterung schaffend und zukunftsweisend sind – davon auszugehen, dass nicht alle Bedürfnisse zufrieden gestellt werden können, sodass Irritationen unausweichlich auftreten. Emotionale Aufwallungen in einem solchen Maße, die sich regelmäßig wiederholen, sobald es um die Rechtschreibung geht, sind aber wohl nur aus einer Überlagerung mehrerer Faktoren zu erklären. Zum einen stauen sich in jedem Einzelnen, der da schreiben lernen mußte, unwirsche Gefühle gegen das Traktandum Rechtschreibung an sich. Zum anderen steigen sofort Ängste auf, wenn das so schwer Errungene seine Gültigkeit nun gar verlieren sollte. „Erwirb es, um es zu besitzen“ hieß es, und nun soll es beim Besitz bleiben. Nicht unwesentlich beigetragen haben zur Eskalation der Gefühle aber auch die nicht enden wollenden Fehlinformationen. Falschmeldungen in Wort und Bild (wie ein-

prägsam ist es doch, wenn ein Kind *Filosofie* an die Schultafel schreibt!) von der Bild-Zeitung bis hin zum ZDF haben die Bemühungen um die Neuregelung behindert, Unruhe gestiftet, Unsicherheit verbreitet, Proteste initiiert. *Missstand* sei in Zukunft zu trennen, suggerierte zum Beispiel die „Welt“ ihren Lesern.

Doch gibt es auch ernst zu nehmende Kritik. Sie wird auf juristischer, politischer und inhaltlicher Ebene laut.

Auf juristischer Ebene haben in den vergangenen Monaten eine Reihe von Verwaltungsgerichten und in vier Fällen auch Oberverwaltungsgerichte über Elternklagen entschieden, die sich gegen die vorgezogene Einführung der Reform richten. In der Mehrzahl wurden diese Klagen zwar abgewiesen, doch einzelne Gerichte, darunter nun auch mit Lüneburg ein Oberverwaltungsgericht, äußern verfassungsrechtliche Bedenken. Darüber wird letztlich das Bundesverfassungsgericht in Karlsruhe befinden müssen. Gefordert wird – mit der Begründung, die rechtsschreiblichen Änderungen würden in das Persönlichkeits- und Erziehungsrecht von Eltern und Schülern eingreifen – eine gesetzliche Regelung. Sollte dieses notwendig werden, müßte

folgerichtig jeder Rechtschreibfehler als Gesetzesverstoß gehandelt werden. Die Verwirrung ist komplett, seit Niedersachsens Ministerpräsident Schröder seine Ankündigung wahr machte, den Unterricht in der neuen Rechtschreibung auf Grund des Urteils von Lüneburg in seinem Lande auszusetzen.

Schließlich wird sich auch der Bundestag auf Antrag einer Gruppe von Abgeordneten mit der deutschen Rechtschreibung und ihrer Reform befassen. Der Vorsitzende der Unionsfraktion im Bundestag, Wolfgang Schäuble, sieht dabei eher Chancen für einen Staatsvertrag zwischen Bund und Ländern als für ein Gesetz.

Während Gegner der neuen Rechtschreibung außerdem in sieben Bundesländern Unterschriften mit dem Ziel sammeln, Volksbegehren gegen die Neuregelung herbeizuführen, prüft die von den Innenministerien der beteiligten Staaten und den Kultusministerien eingesetzte zwischenstaatliche Kommission für die deutsche Rechtschreibung, die ihre Geschäftsstelle am Institut für deutsche Sprache in Mannheim hat, alle konstruktiven Einwände und Vorschläge inhaltlicher Art. Sie hat zunächst festgestellt, daß die Behauptung von Gegnern der Reform, es gäbe tausende von Diskrepanzen zwischen den Wörterbucheinträgen, maßlos übertrieben ist. Bis Ende des Jahres wird sie die vorläufige Analyse der Zweifelsfälle abschließen, sodass zum Schuljahresbeginn 1998, zu dem die neue Rechtschreibung in Kraft treten wird, für ausreichende Klarheit in strittigen Fällen gesorgt ist.



Dr. Klaus Heller
Institut für deutsche
Sprache, Mannheim
Geschäftsführer der
zwischenstaatlichen Kommission
für die deutsche
Rechtschreibung